

Willy Brandts vergessenes Geheimnis

Die SPD hat gleich drei Probleme: personell, programmatisch und politisch. Bisher hat sie für keines eine tragfähige Lösung gefunden

ULRICH VON ALEMANN

Keine Mehrheit für niemanden, weder Rot-Grün noch Schwarz-Gelb, so wurde eine große Koalition alternativlos. Angela Merkel schaffte es, eine Regierung der gleichen Augenhöhe zu bilden, beide Partner mussten viele bunte Programmfelder aus dem Wahlkampf lassen. Die SPD konnte mit ihren Verhandlungserfolgen in der Bilanz zufrieden sein, aber noch während der Koalitionsverhandlungen stand ihre neue Aufregung ins Haus. Franz Müntefering gab abrupt den Parteivorsitz auf, dann warf die junge Kraft aus dem Osten, Matthias Platzeck, das Handtuch. Nun soll Kurt Beck aus Rheinland-Pfalz, der bei seiner Landtagswahl einen fulminanten Sieg errang, die Partei führen – er ist der neunte Vorsitzende in 20 Jahren. In den vier Nachkriegsjahrzehnten vorher waren es nur drei.

Die SPD schwimmt. Weiß sie, was sie will? Wo sie hin will? Im Wechselbad der Gefühle droht sie melancholisch zu werden: mal himmelhoch jauchzend mit den Machos Schröder-Fischer auf dem Gipfel der Macht, mal zu Tode betrübt im Jammertal während der Anti-Hartz-Demonstrationen und der Parteiabsplaltung durch die WASG. Ist der Raubbau am Parteivorsitz ein Symptom? Für was? Bekommt ihr der graue Alltag als Juniorpartner in der großen Koalition im Schatten der omnipräsenten Kanzlerin? Die Medien reden von der Regierung Merkel, nicht von der Regierung Merkel-Müntefering. Was bedeutet das? Wo steckt eigentlich ihr Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der doch das Bild als Weltminister in der „Tagesschau“ bieten müsste? Sind ihm Fischers Schuhe zu groß? Wird Beck's Wahltriumph nicht durch die Niederlage der hilflosen SPD-Kandidatin Ute Vogt in Baden-Württemberg relativiert, vielleicht sogar pulverisiert? Fragen über Fragen, die sich die SPD gefallen lassen muss, wenn sie eine der beiden führenden Parteien Deutschlands bleiben will.

Systematisch verknapp

Systematisch verknapp, hat die SPD ein personales, ein programmatisches und ein politisches Problem. Das personale Problem war schnell gelöst: Beck macht es. Aber die schnelle Lösung birgt das eigentliche Problem. Es gibt keinen anderen. Die Zeiten sind vorbei, in denen eine Hand voll „Enkel“ Willy Brandts in Diadochenkämpfen miteinander konkurrierten. Es ist nur einer übrig, der muss es machen. Das ist ein Armutszeugnis für eine große Partei. Der Grund: Die SPD verfügt sicher noch über Talente, aber über kaum Landesregierungen, wo diese sich entfalten können. Von der kommunalen Ebene gar zu schweigen. Die

Konsequenz für die Partei kann nur heißen, sie muss sich personell von den Kommunen über die Länder neu aufbauen, um junge politische Potenziale zu fördern.

Das programmatische Problem wird angegangen. Die Programm-SPD sucht ein neues Grundsatzprogramm, um das Berliner Programm von 1989 – nach Jahrzehnten Debatte endlich verabschiedet und gleichzeitig durch den Fall des Kommunismus veraltet – zu ersetzen. Aber langsam. Schon ein paar Jährchen wird diskutiert. Schaut man auf die Zeittabelle der SPD-Homepage, dann gilt es, bis zur Verabschiedung Ende 2007 noch viel zu tun: Gremien, Kommissionen, Arbeitskreise, Debattenzirkel noch und noch. Auch die Wissenschaft soll ran. Das Grundgesetz ging schneller.

Für die Schublade

Warum diese Umständigkeit? Weil der Weg das Ziel ist, wie immer bei der SPD. Die Programmdebatte engagiert die Partei in allen ihren Gliederungen, Strömungen, Zielgruppen und Regionen. Ist alles endlich durchdekliniert und jeder Spiegelstrich weichgespült, dann kann erleichtert die Verabschiedung kommen. Und das ist dann der Abschied in die Schublade oder, wenn es hoch kommt, die Sonntagsrede. Nun regt sich keiner mehr auf. Jetzt ist Ruhe. Wahlen werden woanders gewonnen. Aber das eint alle Parteien. Grundsatzprogramme dienen der inneren politischen Hygiene, wenn etwas zählt, dann Wahl- und Aktionsprogramme.

Damit sind wir beim dritten Problem der SPD angelangt, bei der Politik. Soll sie ihre Stammklientel aus Facharbeitern und Gewerkschaftern mit einigen peripheren Linkselitelektuellen pflegen? Die sind ihr in Scharen bei den letzten Wahlen abhanden gekommen und zu Grünen, Linken oder den Nichtwählern übergelaufen. Oder soll sie auf die neuen liberalen Aufsteiger und Wirtschaftseliten setzen? Auf Traditionalisten oder Modernisierer?

Für eine Volkspartei, die 51 Prozent der Wählerstimmen sich zum Ziel setzen muss, gibt es kein Entweder-Oder. Sie muss immer alles wollen. Wenn die SPD als Volkspartei links der Mitte Erfolg haben will, muss sie Koalitionen schmieden. Interne Bündnisse der Zielgruppen, sozialen Milieus und Strömungen. Das war das Geheimnis von Willy Brandts Erfolg von 1972. Das ist auch in anderen Ländern so, bei den Demokraten in den USA oder durch José Luis Zapatero in Spanien. Romano Prodi in Italien muss mühsam als Parteienkoalition zusammenbringen, was ein Kurt Beck innerparteilich integrieren muss.

Kann die SPD sich freischwimmen in der großen Koalition? Schwimmt sie, oder schwimmt sie gar oben? Noch ist es zu früh für eine Prognose, denn eines haben die letzten Jahre gezeigt: Viele Vorhersagen trugen nicht weit. Wasser ist so trügerisch wie die Politik.

ULRICH VON ALEMANN ist Professor für Politologie an der Uni Düsseldorf.



ZITAT DES TAGES

„In der großen Koalition müssen große Kröten geschluckt werden. Die Kunst ist, sich trotzdem nicht zu verschlucken“

Christian Wulff, niedersächsischer Ministerpräsident, zur Debatte über das Antidiskriminierungsgesetz

IMPRESSUM

Die Financial Times Deutschland ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen

Chefredakteur: Steffen Klusmann
Stellvertretende Chefredakteure: Ulf Schlüter, Stefan Weigel
Geschäftsführender Redakteur/Chef vom Dienst: Ulf Schlüter
Art Direction: Nils Werner
Bildchef: Peter Raffelt
Unternehmen: Guido Warlimont (verantwortl.)
Politik: Andreas Theysen (verantwortl.)
Finanzen: Tim Bartz, Sven Clausen, Ina Lockhart (verantwortl.)
Agenda: Dr. Nikolaus Förster (verantwortl.)

Verantwortliche Redakteure im Sinne des Presserechts sind die vorstehend als solche genannten Redakteure für ihren Bereich, im Übrigen die Chefredaktion.

Geschäftsführer: Christoph Rühl, Dr. Christoph Weger
Anzeigenleiter: Mario Suchert (verantwortl.)
Financial Times Deutschland GmbH & Co KG
Stubbenhuk 3, 20459 Hamburg
Tel.: 040/319 90-0, Fax: -310

ISSN 1615-4718
Vertrieb: DPV Deutscher Pressevertrieb
Leitung: Kay Helmecke, Düsterstr. 1-3, 20355 Hamburg
Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; G + J Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin

A B H M

Auf großer Fahrt ohne Kompass

Der notwendige Umbau des deutschen Sozialstaats treibt nicht die SPD, sondern die Union in eine Sinnkrise: Denn es ist das konservative Sozialstaatsmodell, das sich überlebt hat **VON ARMIN SCHÄFER**

Die Volksparteien erreichen einen immer kleineren Bevölkerungsteil. Erstmals seit 1949 vereinten sie bei der letzten Bundestagswahl weniger als 70 Prozent der Stimmen auf sich. Auch deshalb debattieren CDU und SPD neue Grundsatzprogramme. Die Gretchenfrage für beide Parteien ist, wie sie es künftig mit dem Sozialstaat halten.

Für die meisten Kommentatoren scheint ausgemacht, dass die SPD die Auseinandersetzung zwischen Reformern und Traditionalisten bewältigen muss. Dabei ist die Krise des Sozialstaats vor allem eine Krise des konservativen Sozialstaats – und der wurde wesentlich durch die CDU geprägt. Was an dessen Stelle treten soll, ist unklar. Liberale und Sozialdemokraten können in der Reformdebatte auf das Vorbild der angelsächsischen oder der skandinavischen Länder verweisen. Nur schwer können dagegen die Christdemokraten aus der Erfahrung anderer Länder eine konkrete Zukunftsvision für Deutschland ableiten.

Die sozialwissenschaftliche Forschung unterscheidet drei Modelle: den liberalen, den sozialdemokratischen und den konservativen Sozialstaat. Letzterer ist durch die beitragsfinanzierte Sozialversicherung geprägt und findet sich überwiegend in Kontinentaleuropa. In den liberalen angelsächsischen Ländern steht die Eigenverantwortung im Vordergrund. In Skandinavien wiederum sind die Sozialleistungen sehr ausgeprägt, aber auch die Investitionen des Staats in die Infrastruktur. Dort liegt die Staatsquote über der deutschen, und ein

viel höherer Anteil sozialer Sicherung wird über Steuern finanziert.

Auffallend ist, dass nicht nur die angelsächsischen Länder ein höheres Wirtschaftswachstum, höhere Erwerbsquoten und eine geringere Arbeitslosigkeit als die Kontinentaleuropäer haben, sondern auch die Skandinavier. Vor den drei Sozialstaatsmodellen erscheinen zwei zukunftsfähig – das konservative gehört nicht dazu.

Dass die deutsche Politik nicht allein die Wahl zwischen dem Status quo und einer weiteren Liberalisierung hat, zeigt sich in vielen Bereichen, am eindrucksvollsten vielleicht in der Bildungs- und Familienpolitik. In den nordeuropäischen Ländern sind hohe staatliche Aufwendungen für Bildung selbstverständlicher Teil der Daseinsvorsorge, die Ausgaben liegen gemessen am Bruttoinlandsprodukt deutlich über den deutschen.

Das Geld, das bei uns ausgegeben wird, ist noch dazu schlecht verteilt, wie Pisa zeigte. Auch die deutsche Familienpolitik versagt: In den angelsächsischen und skandinavischen Ländern werden mehr Kinder geboren, obwohl viel mehr Frauen berufstätig sind. Wiederum gibt es hier zwei Wege zum Ziel. In liberalen Wohlfahrtsstaaten wird Kinderbetreuung über den Markt bereitgestellt. Die Kosten dafür sind niedriger, weil auch Löhne oder Sozialabgaben niedrig sind. Dagegen ist die Kinderbetreuung in Skandinavien Teil der öffentlichen Infrastruktur.

Wie sich an der Diskussion um das Elterngeld zeigt, werden gerade Christdemokraten durch die Erfahrung anderer Länder programmatisch herausgefordert, denn mit ihrem traditionellen Familienbild ist keine der beiden Varianten vereinbar. Eine andere Familienpolitik ist aber für die CDU notwendig, wenn sie das Wählerpotential der jüngeren, gut ausgebildeten Frauen in Großstädten nicht dauerhaft verlieren möchte.

Die SPD hat es da leichter. Vor dem Hintergrund skandinavischer Erfolge ist es für sie folgerichtig, „mehr Staat“ zu fordern. Ein ausgebaute Sozialstaat widerspricht der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht; entscheidend ist die Art der Finanzierung. Auch die FDP kann ihr Profil relativ bruchlos schärfen, indem sie die höhere wirtschaftliche Dynamik in den angelsächsischen Ländern als Erfolg liberaler Wirtschaftspolitik reklamiert. Doch für die CDU steht keine dieser Alternativen glaubhaft zur Verfügung. Als klassische Sozialstaatspartei hat sie sich nie am Vorbild Thatcher orientiert. Reformen der Regierung Kohl hatten überwiegend den Erhalt des bestehenden Sozialstaats zum Ziel. Erst die Schröder-Regierung führte mit Riester-Rente und Hartz-Reformen neue Elemente stärkerer Eigenvorsorge ein.

Das deutsche Verhältniswahlrecht erlaubt keine Politik, die sich einseitig gegen die Empfänger von Transferzahlungen wendet. Dazu ist diese Gruppe einfach zu groß.

Deshalb ist es kein Zufall, dass die Christdemokraten dort am stärksten am Sozialstaat festhalten, wo sie besonders erfolgreich sind. In Bayern erzielt die CSU absolute Mehrheiten, weil sie auch Geringverdiener und Arbeiter vertritt und noch Volkspartei im Wortsinn ist.

Das Patt bei der Bundestagswahl, und auch so lässt sich die Programmdiskussion bei den Großkoalitionären deuten, hat einen Lernprozess angestoßen. Der SPD wurde die Zustimmung entzogen, weil der Pragmatiker Schröder kein Zukunftskonzept für den Sozialstaat anbieten konnte. Die CDU verspielte ihre Sieghenheiten mit einem Programm, das die Schröder-Politik noch verschärfen wollte. Angela Merks umjubelte Reformrede auf dem Leipziger Parteitag stimmte nicht mit der Auffassung der Bevölkerungsmehrheit überein. Die rasche rhetorische Kehrtwende nach der Wahl zeigt, dass die Strategen in der Union das verstanden haben.

Die aktuelle Situation hat paradoxe Züge. Kurt Beck's Verweis auf die niedrige deutsche Steuerquote trifft auf schroffe Reaktionen des SPD-Finanzministers. Vorschläge der CDU, das Gesundheitswesen stärker durch Steuern zu finanzieren, ernten heftigen Widerspruch des Koalitionspartners. Beide Parteien suchen nach Orientierung für die Zukunft des Sozialstaats. Für die SPD bietet das skandinavische Modell eine Perspektive. Der CDU fehlt ein solcher Kompass.

ARMIN SCHÄFER ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln.

Vom Elend der Bahnprivatisierung

Befürworter des Börsengangs nähren Hoffnungen, die sich beim näheren Hinsehen als Illusion erweisen



LUCAS ZEISE

Bei der morgigen Anhörung im Bundestag zur Zukunft der Bahn geht es um eine zweitrangige Frage. Streiten werden die geladenen Experten vor allem darüber, ob das Schienennetz beim Unternehmen verbleiben soll, wenn es an die Börse geschickt wird. Wichtiger ist aber, ob die Bahn überhaupt privatisiert werden soll. Es ist auch jetzt nicht zu spät, die von der Regierung Kohl getroffene Entscheidung, die Bahn an die Börse zu schicken, rückgängig zu machen. Die große Koalition hat sich zwar im Januar auch für einen Börsengang entschieden. Doch weder Union noch SPD haben sich grundsätzlich darauf festgelegt. Hauptmotiv war immer, dass die Privatisierung der Bahn bei oberflächlicher Betrachtung den Bundeshaushalt zu entlasten verspricht. Gibt es auf dem Weg zur Börse zu große Schwierigkeiten, sind die Vorteile eines Börsengangs erkennbar gering oder stellen sich die Bürger gegen eine Bahn-Privatisierung, dann wird diese Regierung von diesem Vorhaben ablassen.

Kern neoliberaler Politik

Seit Frau Thatchers Zeiten gilt die Privatisierung von Staatsvermögen als Kernprojekt neoliberaler Politik. Die Privatisierungsverfechter glauben wahrscheinlich selbst, dass privatisiertes Volksvermögen ein ganzes Bündel von Vorteilen für die Volkswirtschaft, die Konsumenten und die Steuer zahlenden Staatsbürger bringt. Da viele dieser Thesen laufend wiederholt werden, gelten einige schon als Volksweisheiten. Beispielsweise die, dass private Unternehmen immer effizienter funktionieren als staatliche; dass es besser ist, wenn die Staatsquote niedrig ist; dass mehr Wettbewerb immer besser ist als weniger; oder dass die Privatisierung von Staatsunternehmen zu mehr Wettbewerb führt.

Alle diese Thesen sind in der so formulierten Allgemeingültigkeit falsch. Es kommt darauf an, was da in welcher Form privatisiert werden soll. Bei der Bahn handelt es sich um ein Objekt, das für eine Privatisierung – vielleicht kurz nach dem Militär – am wenigsten geeignet ist. Alle Hoffnungen, die die Privatisierungsbefürworter mit einem Börsengang verbinden, erweisen

sich bei näherem Hinsehen als Illusion. Drei dieser Irrtümer seien herausgegriffen: die Illusion vom stärkeren, Effizienz steigernden Wettbewerb, die Illusion von der Entlastung der Staatsfinanzen und die Illusion, einen attraktiven Börsenwert zu schaffen.

Beginnen wir mit dem letzten Punkt. Was für ein Börsenwert wäre die Bahn? Sie wäre ein verkapptes Rentenpapier, abhängig von Zuwendungen des Staates. Dem widerspricht zunächst vielleicht der Augenschein, dass das Unternehmen aktuell keine roten Zahlen mehr schreibt. Schließlich ist die Bahn 1994 massiv entschuldet und so von Altlasten befreit worden. Dennoch bleibt sie abhängig von staatlichen Zuwendungen. Für den Erhalt des Schienennetzes steht der Bund auch künftig für 2,5 bis 4 Mrd. € gerade. Unter den Einzelbereichen der Bahn ist der einzige nichtdefizitäre ausgerechnet der Personennahverkehr, weil er reichlich Zuschüsse der Länder erhält, die letztlich vom Bund stammen. Auch eine an der Börse

daher billiger, die von der Bahn bereitgestellten Leistungen gleich über die eigene Schuldenaufnahme zu finanzieren. Als bester Schuldner europaweit erhält der Bund die Finanzierung zu Vorzugskonditionen. Dagegen wird die Bahn-Aktie nur mit einem erheblichen Risikoabschlag zu verkaufen sein. Damit dürften die Verkehrsleistungen der Bahn mit dem Verkauf ihrer Aktien für den Staatshaushalt teurer werden.

Zauberwort „Wettbewerb“

An dieser Stelle werfen die Börsenbefürworter das Zauberwort „Wettbewerb“ in die Diskussion. Auch bei der Anhörung im Bundestag morgen wird dieses Wörtchen zu den am häufigsten benutzten zählen. Wettbewerb schafft Effizienz, lautet der Glaubenssatz. Spezifisch ist gemeint, dass die Zulassung weiterer Eisenbahnbetreiber dem Unternehmen Bahn Beine machen wird. Ihre Leistungen sollen dadurch preiswerter werden, und als Konsequenz soll dem politischen Willen Genüge getan und mehr Verkehr auf die Schiene gezogen werden.

Solche Hoffnungen in den Wettbewerb sind schon aus zwei Gründen töricht. Zum einen soll Wettbewerb nur bei der Vergabe von einzelnen Fahrten oder Fahrtrouten im Güter- und Personenverkehr eingeführt werden. Investitionsverhalten und Preispolitik der Bahn werden dagegen von dieser Konkurrenz in Teilbereichen des Monopols wenig oder gar nicht beeinflusst.

Zum anderen ist nicht ausgemacht, ob der wegen der Konkurrenz erhoffte Effizienzgewinn nicht durch den Wegfall von Synergieeffekten aufgehoben oder übertroffen wird. Gerade in Verkehrsnetzen ergeben sich durch einheitliche Steuerung hohe Erträge und Kostenersparnisse. Ob der Verzicht darauf Vorteile bringt, darf also bezweifelt werden. Wenn man aber trotz solcher Zweifel (wie die EU-Kommission) aus ideologischen Gründen darauf besteht, private Wettbewerber in bisher staatlichen Monopolveranstaltungen zu fördern, so kann man auch das tun, ohne gleich die Bahn an die Börse zu bringen.

Die Verkehrsinfrastruktur ist für die Wohlfahrt und Wirtschaft eines Landes zentral und deshalb eine staatliche Aufgabe. Sie an die Börse zu delegieren ist keine gute Idee. Das führt zu schlechten Ergebnissen und wird per saldo teurer.

E-MAIL zeise.lucas@ftd.de

LUCAS ZEISE ist Finanzkolumnist der FTD. Er schreibt jeden Dienstag an dieser Stelle.